

Kommunal-Wahlprogramm 2019 für Falkensee

Bei den Kommunalwahlen im Mai 2014 erhielt die AfD in Falkensee als neu gegründete Partei auf Anhieb 10,3% der Wählerstimmen und zog mit 4 Abgeordneten in die Stadtverordnetenversammlung Falkensee ein. Von Anfang an stieß unsere Partei auf den Widerstand der etablierten Parteien, die sich in einem Filz von gegenseitiger Bevorzugung und Absprachen behaglich eingerichtet hatten. Auch im November 2018 wurde das wieder an einem gemeinsamen Antrag der Altparteien sichtbar, in dem sie die großzügige finanzielle Unterstützung der Willkommenskultur gegenüber Migranten in den Haushalt 2019 einbrachten. Die AfD-Fraktion hat an dieser Planung und vielen anderen Stellen die Verschleuderung öffentlicher Mittel für widersinnige Projekte kritisiert, und unsere Vorschläge für sinnvolle Projekte in der Stadtentwicklung und bei Bildung und Kultur erfassen immer neue Bereiche, in denen wir eine neue Politik für die Bürger betreiben wollen.

Wir stellen Ihnen hier die wichtigsten Zielsetzungen unserer Stadtpolitik in den kommenden fünf Jahren vor.

1. Verkehr

Die Bevölkerungszahl in Falkensee ist auf über 44.000 Einwohner gestiegen. Viele von ihnen pendeln täglich nach Berlin. Dafür muss vor allem die Kapazität der Regionalbahnen ausgebaut werden, die schon jetzt in den Stoßzeiten überlastet sind.

Die bestehenden zwei Gleise sind für den Regional- und Fernverkehr nicht mehr ausreichend. Wir fordern daher:

- Es muss mindestens ein drittes und wenn möglich ein viertes Gleis dazu gebaut werden
- alternativ dazu soll auch die Weiterführung der S-Bahn über Falkensee nach Nauen geprüft werden
- In den Hauptverkehrszeiten muss damit eine Zugfolge von 15 Minuten ermöglicht werden
- Haltepunkte der Regionalzüge sind alle drei Bahnhöfe in Falkensee
- An allen drei Bahnhöfen sind die Parkplätze für PKWs und für Fahrräder auszubauen. Dazu gehört die Erweiterung und die Befestigung der Parkflächen.
- Auf allen Bahnsteigen sind Überdachungen einzurichten

Auch der Straßenbau muss dem gestiegenen Verkehrsaufkommen angepasst werden. In vielen Straßenzügen von Falkensee, vor allem im Zentrum, aber auch auf den Hauptstraßen nach Berlin, sind Staus an der Tagesordnung.

Für den Verkehr Richtung Berlin fordern wir, dass die Falkenhagener und Spandauer Straße weiter ausgebaut werden. Vorrangig muss der Abschnitt vom neuen Kreisverkehr Spandauer Platz bis zur Stadtgrenze Berlin vierspurig ausgebaut werden, bis zur Stadtrandstraße auf Berliner Seite. Wir fordern, dass danach auch der restliche Abschnitt vom Spandauer Platz bis Rathauskreuzung vierspurig ausgebaut wird, damit dann der Autoverkehr auf der gesamten Ost-West-Achse durch die Stadt und in Richtung Schönwalde besser fließen kann.

Für das Stadtzentrum fordern wir den Ausbau der Falkenhagener Straße (von Rathauskreuzung bis Nauener Straße), um den Verkehrsfluss in Richtung Falkenhain zu verbessern. Da es sich um eine Landesstraße handelt (L201), verlangen wir, dass die Stadt Einfluss darauf nimmt, dass die Ausbauplanung nicht erst ab 2020 beginnt, wie die Ministerin in Aussicht stellte (der Ausbau selbst beginnt dann noch viel später), sondern umgehend in Angriff genommen wird.

Der Abschnitt in der Falkenhagener Straße Nähe Museum kann kaum verbreitert werden und muss daher vom Verkehr entlastet werden. Daher fordern wir den Ausbau des Havelländer Wegs in Richtung Schönwalde. Auch die Luftqualität und Lärmbelastung im Bereich Rathaus würde dadurch verbessert.

Die Verbindungsstraßen in Richtung Berlin müssen leistungsfähiger werden. Daher fordern wir, auf

Dallgow und Berlin einzuwirken, dass der Brunsbütteler Damm in der Verlängerung ab Stadtgrenze Berlin mit der L20 (Seeburger Straße) in Höhe der Photovoltaikanlage verbunden wird. Auch die kurvenreiche Strecke der Nauener Chaussee bei Alt Brieselang soll begradigt werden.

Auf dem gesamten Straßenzug Spandauer Straße – Falkenhagener Straße fordern wir so weit wie möglich den Bau eines separaten Radweges. Die kürzlich gebaute Lösung nahe Spandauer Platz, wo die Fahrräder eine eigene Spur auf der Fahrbahn bekommen haben, die aber kaum benutzt wird, ist unsinnig und war eine Fehlplanung. Wir verlangen im gesamten Stadtgebiet den Bau von Radwegen, die baulich getrennt von der Fahrbahn verlaufen, um die Unfallgefahr zu reduzieren. Für die Erstellung eines Masterplans für Radwege wollen wir auf die Erfahrungen vergleichbarer Gemeinden (z.B. Kleinmachnow) zurückgreifen.

Nicht zuletzt wollen wir die Sicherheit für Fußgänger verbessern, so wie wir auch schon z.B. die Initiative für die Entschärfung der Waldheim-Kreuzung unterstützt haben. Wir hatten in der SVV den Antrag auf eine Ampelanlage gestellt, die jetzt (Februar 2019) gebaut wird. Außerdem fordern wir den verstärkten Ausbau der Gehwege, Einrichtung von Ampeln und Zebrastreifen an Überquerungen. Eine bessere Straßenbeleuchtung würde sowohl die Unfallgefahr vermindern als auch die Sicherheit vor Kriminalität abends und nachts erhöhen.

Wir wollen auch die Rechte der Diesel-Autofahrer schützen. Daher fordern wir: Keine Diesel-Fahrverbote in Falkensee!

2. Anliegerstraßenbau

Der Ausbau der unbefestigten Anliegerstraßen hat über viele Jahre mit dem rasanten Tempo des Häuserbaus nicht mithalten. Die Anlieger werden mit 90 % der Baukosten belastet, was inzwischen bei normalen Grundstücken zu Erschließungskosten zwischen 10.000 und 30.000 EUR führt, manchmal sogar darüber.

Damit sind finanziell schwache Haushalte, insbesondere Rentner und junge Familien, oft überfordert. Manche Eigentümer werden auf diese Weise gezwungen, ihr Haus zu verkaufen, was einer Enteignung gleichkommt und somit grundgesetzwidrig ist.

Die Straßen in einer Gemeinde werden von allen Einwohnern genutzt, nicht nur von den Anliegern des betreffenden Straßenabschnitts. Daher sind Straßenbauprojekte eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die ausschließlich durch Steuermittel finanziert werden muss. So ist es z.B. auch in Berlin seit 2012 geregelt. Auf diese Weise werden alle Bürger einer Stadt gerechter als bisher an den Kosten des Anliegerstraßenbaus beteiligt.

Wir fordern, dass die Kommunen die Kosten für den Straßenausbau tragen und diese Kosten vom Land zurückerstattet bekommen. Alle bisherigen Straßenausbaukosten, die von Anliegern nach einem bestimmten Stichtag gezahlt worden sind, müssen an die Anlieger zurückerstattet werden.

Wir fordern für Falkensee, dass ein vernünftiger abgestufter Mindeststandard aus Steuermitteln realisiert wird. Falls die Anlieger einer Straße eine höhere Ausbaustufe wünschen, müssen sie dafür selbst aufkommen.

3. Asylbewerberunterkünfte

Die zwei Flüchtlingsheime in Falkensee sind nur noch teilweise belegt. Wir fordern, dass die Asylbewerber in einer Unterkunft zusammengefasst werden und das Gebäude, das dann leer steht, für einen sozialen Zweck zugunsten unserer einheimischen Bevölkerung verwendet wird. Es könnte als Wohnheim für Obdachlose dienen oder in Sozialwohnungen umgebaut werden. Das zweite Gebäude soll dann so bald wie möglich folgen.

Die Einnahmen der Stadt sollen so weit wie möglich dazu dienen, städtische Ausgaben für unsere Einwohner wie z.B. Kindergärten, Schulen, Hallenbad, Straßenbau, Radwege usw. zu finanzieren, wo es großen Nachholbedarf gibt. Daher fordern wir:

- Reduzierung der Ausgaben für Asylbewerber
- Sofortige Abschiebung aller abgelehnten Asylbewerber
- Sofortige Abschiebung aller straffällig gewordenen Asylbewerber
- Keine Aufnahme neuer Asylbewerber
- Schluss mit finanzieller Unterstützung der Willkommenskultur!

4. Innere Sicherheit

Aus der Polizeilichen Kriminalstatistik Brandenburg 2016 (neuere Zahlen liegen nicht vor) wird sichtbar, dass in Brandenburg die Zahl aller Straftaten gegenüber 2015 zwar etwas zurückgegangen ist; aber in Falkensee, wie auch in anderen Städten des Berliner Umlands, ist die Zahl der Wohnungseinbrüche angestiegen [PKS 2016, S. 31] Auch die Gesamtzahl aller Straftaten in Falkensee ist um 7,5% angestiegen [S. 4-1], im Gegensatz zum Trend in ganz Brandenburg. Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen in Falkensee stieg von 13,7% auf 15%. Unter den nichtdeutschen Tatverdächtigen stammten die meisten aus Polen, Syrien und Russland, woraus wir den Schluss ziehen, dass nicht nur die Außengrenzen Europas, sondern auch unsere nationalen Grenzkontrollen verstärkt werden müssen. Die illegale Einwanderung muss gestoppt werden!

Die Polizeiliche Strukturreform der rot-roten Landesregierung, die eine Reduzierung der Polizei von 8.000 auf 7.000 vorsah, war also für Falkensee völlig kontraproduktiv. Wir fordern, dass die Zahl der verfügbaren Polizeikräfte und der Funkwagen in Falkensee weiter erhöht wird. Die Streifenfähigkeit mit Zivilfahrzeugen muss zahlenmäßig verstärkt werden. Schwerpunkte der Kontrollen muss das Umfeld der Bahnhöfe sein, die Parkplätze, Tunnel und Bahnsteige sowie die Fahrradabstellplätze. Die Eintreffzeiten der Polizeikräfte innerhalb von Falkensee darf 15 Min. nicht überschreiten. Das gilt auch für die Eintreffzeiten von Feuerwehr und Rettungswagen.

Um die Sicherheit im Stadtgebiet und auf den Straßen zu erhöhen, setzt sich die AfD für die Einrichtung von Videoüberwachungsanlagen an besonderen Schwerpunkten ein, wie z.B. auf Parkplätzen und auf den Bahnhofsvorplätzen bzw. Fahrradabstellplätzen. Damit wollen wir erreichen, dass Straftaten schneller aufgedeckt und die Verfolgung von Tatverdächtigen erleichtert wird. Die Stadt Potsdam hat gezeigt, dass Videoüberwachung ein erfolgreicher Weg der Kriminalitätsbekämpfung sein kann und dass sie legal ist. Der brutale Überfall auf den AfD-Bundestagsabgeordneten Frank Magnitz in Bremen Anfang 2019 hat erneut bewiesen, dass mindestens punktuelle Videoüberwachung in Städten bei der Aufklärung hilft. Wenn Linke und Grüne dagegen protestieren, zeigen sie nur, dass sie nicht die Opfer, sondern die Täter schützen.

Wir rufen aber auch dazu auf, dass die Bürger sich nicht nur auf polizeiliche Maßnahmen zur Verhinderung und Aufklärung von Straftaten verlassen, sondern auch ein persönliches Verantwortungsgefühl für ihre eigene Sicherheit zu entwickeln. Dazu gehört z.B.

- Teilnahme an Präventionsprojekten der Polizei zur Vorbeugung gegen Einbruch, Taschendiebstahl, Straßenkriminalität
- Teilnahme an Kursen zur Selbstverteidigung,
- Schutzmaßnahmen gegen Hauseinbrüche
- Absprachen mit den Nachbarn zur gegenseitigen Beobachtung der Häuser
- Einrichtung von Alarmanlagen, Videoüberwachung auf privaten Grundstücken

5. Sozialpolitik, Wohnungspolitik

Der Bau von Kindergärten, Schulen und Sportanlagen muss mit der wachsenden Einwohnerzahl Schritt halten. Beim Kitapersonal muss das Problem, dass sich zu wenige Erzieherinnen bewerben, dringend gelöst werden. Dafür fordern wir eine höhere Gehaltseinstufung für Erzieherinnen, um die Arbeit in Falkensee attraktiver zu machen. Außerdem verlangen wir: Neubauten für Kitas dürfen nicht mehr in Holzbauweise errichtet werden wegen der Brandgefahr; die neue Kita mit Holzkonstruktion im Rohrbecker Weg war eine Fehlentscheidung.

Beim Neubau von Schul-Sporthallen treten wir dafür ein, dass die alten Sporthallen weiter in Betrieb bleiben, weil es immer noch Engpässe für den Vereinssport gibt.

Der starke Zuzug nach Falkensee wird weiter bestehen bleiben. Wir wollen für alle sozialen Gruppen geeignete Wohn- und Baumöglichkeiten in ausreichender Menge zur Verfügung stellen. Bei Neubauten unterstützen wir auch Projekte wie Mehrgenerationen-Wohnanlagen. Zum Wohnungsbau sollen nicht nur sozial geförderten Wohnungen gehören, sondern auch die Erschließung neuer Baufelder für hochwertigen Häuser- und Wohnungsbau. Für diesen Zweck gibt es in Falkensee genügend Erweiterungsmöglichkeiten. Anstatt immer mehr „grüne Inseln“ im Stadtgebiet zu roden und zu bebauen, ziehen wir es vor, dass sich Falkensee über den Stadtrand hinaus erweitert. So kann der Charakter einer aufgelockerten „Gartenstadt Falkensee“ mit guter Luft- und Lebensqualität erhalten bleiben.

Auch der Ausbau von Gewerbegebieten muss mit der Stadtentwicklung Schritt halten. Nur wenn in der Stadt weitere Arbeitsplätze entstehen, kann sich Falkensee von dem Image der reinen „Schlafstadt“ befreien.

Der Beschluss zum Bau des Hallenbads ist mit unserer Zustimmung zustande gekommen. Wir werden die planerischen Entscheidungen über die Jahre der Bauphase aufmerksam begleiten und darauf achten, dass bei diesem 20-Millionen-Projekt das Geld sinnvoll eingesetzt wird. Wir kündigen schon jetzt an, dass wir für einen Badebetrieb nach europäischen Gepflogenheiten eintreten, d. h. keine „Burkinis“ und auch keine Geschlechtertrennung zulassen wollen.

Im Städtebau wenden wir uns entschieden gegen alle Überlegungen, den Bau von Moscheen mit oder ohne Minaretten zu erlauben. Jede Moschee würde wie ein Fremdkörper im Stadtbild wirken. Aber auch Moscheen ohne Minarett wären immer noch eine ständige Lärmquelle, denn auch Muezzin-Rufe aus Lautsprechern wären für die meisten Anwohner mit europäischem Kulturhintergrund eine unerträgliche Belastung. Falls ein solches Projekt geplant wird, fordern wir unbedingt die Einsetzung einer Bürgerbeteiligung, und diese Mitwirkung der betroffenen Bürger wollen wir auch bei anderen umstrittenen Vorhaben in Falkensee einfordern.

6. Kultur in der Stadt

Die AfD unterstützt die ideologiefreie künstlerische Weiterentwicklung des Stadtbildes. Das gilt für alle künstlerischen Maßnahmen mit einem Bezug zu Falkensee.

Die Stadtverwaltung versucht in letzter Zeit verstärkt, die jüngeren Einwohner der Stadt im Sinne der Genderideologie umzuerziehen. In der Bibliothek wurden gezielt Dutzende Bücher mit Genderpropaganda angeschafft, um sogar schon Kindern und Jugendlichen das gegenderte Lebensmodell der sexuellen Beliebigkeit schmackhaft zu machen, sie vom traditionellen Familienbild Vater – Mutter – Kind abzubringen und Frühsexualisierung durchzusetzen.

Tatsächlich aber wirkt sich das abwegige Gendermodell auf Kinder verstörend und verunsichernd aus. Wir werden uns bei Erwachsenen nicht einmischen, wenn sie sich für diesen Lebensentwurf entschieden haben, aber wir werden bei Kindern und Jugendlichen mit allen unseren Möglichkeiten gegen die Frühsexualisierung eintreten. Unser Ziel ist es, im Kultur- und Bildungssektor die Gender-Pseudowissenschaft anzugreifen und die traditionelle Familie zu unterstützen, denn sie ist die natürliche Basis für unsere Gesellschaft. Diesen Grundsatz wollen wir auch in der Stadtpolitik durchsetzen.

7. Tierschutz

Für die AfD ist der Tierschutz ein wichtiger traditioneller Bestandteil der deutschen Alltagskultur, wobei der Schwerpunkt auf der Unterstützung der praktischen Tierschutzarbeit vor Ort und auf der konsequenten Bekämpfung tierquälerischer Handlungen beruht. Vor allem wenden wir uns gegen die Praxis des betäubungslosen Schächtens von Schlachttieren. Religiöse Motive dürfen keine Ausnahme dafür rechtfertigen.

Auch die unkontrollierte Ausbreitung des Wolfes fügt den Wild- und Nutztieren immer größeres Leid zu und führt zu wachsenden wirtschaftlichen Schäden in der Tierhaltung. Trotzdem betreiben links-grüne Ideologen eine Schonpolitik gegenüber den Wölfen, wobei sie sich hinter einem falschen Bild von Naturschutz verstecken. Wir treten dafür ein, dass sich Falkensee, wie andere brandenburgische Gemeinden auch, für „wolfsfrei“ erklärt, um so von staatlicher Seite eine Reduzierung der Wolfspopulation zu erzwingen. Bis das erreicht ist, müssen alle Tierhalter, auch die Hobby-Tierhalter, für erlittene Schäden voll entschädigt werden.